

Rede des Abgeordneten Holger Mann zum Antrag der Grünen "Keine Studiengebühren durch die Hintertür einführen" am 11. November 2009

+ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!+

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

ich will vorausschicken und es wird Sie nicht überraschen: Die SPD-Fraktion unterstützt den von B90/ Grünen eingebrachten Antrag. Denn die sächsische SPD steht für die 2009 im Hochschulgesetz durchgesetzte Gebührenfreiheit des Erststudiums und wird weiter dafür streiten.

Auch der sächsische Ministerpräsident Tillich verkündete noch im April: "Mit mir wird es keine Studiengebühren geben." Ganz zu schweigen, von erfrischenden Aussagen der sächsischen Union gegen Studiengebühren in ihrem Wahlprogramm. Offensichtlich aber ist der CDU dieses Bekenntnis am Wahltag verloren gegangen. So entstehen verschämte, wie widersprüchliche Aussagen im schwarz-gelben Koalitionsvertrag.

Ich zitiere daraus:

„Sachsen wird keine gesetzlichen Studiengebühren festschreiben. Bei deutlicher Überschreitung der Regelstudienzeit sollen Gebühren erhoben werden.“

Entweder sind nach Auffassung der Koalition Langzeitstudiengebühren also keine Studiengebühren, oder sie sind ungesetzlich. Und tatsächlich halte ich Langzeitstudiengebühren wider das geltende Gesetz. Denn wir haben ein Hochschulgesetz, das die Erhebung von Studiengebühren wirkungsvoll unterbindet. Sie müssten es also ändern, um Langzeitgebühren einzuführen.

Es wäre dann eben keine bloße „Hintertür“ die hier geöffnet würde, sondern eine bewusste Entscheidung pro Studiengebühren. Studiengebühren die nachweislich vor allem jene treffen, die ohnehin schon für ihren Lebensunterhalt neben dem Studium arbeiten müssen, die studierende Eltern nochmals belasten, oder ehrenamtliches Engagement bestrafen. Neben diesen sozialpolitischen Gründen gegen Studiengebühren, muss aber noch auf einen weiteren Aspekt hingewiesen werden.

Erst in dieser Woche haben die vier großen sächsischen Hochschulen alle Abgeordneten angeschrieben und darauf hingewiesen, dass ihre finanzielle Ausstattung pro Studierenden unterdurchschnittlich ist und die Arbeits- wie Betreuungsbedingungen in der Lehre an der Belastungsgrenze angekommen sind. Angesichts dieser Situation und des Chaos das an vielen Fakultäten nach Einführung von Bachelor und Master noch herrscht, wäre es vollkommen widersinnig den Studierenden die Rechnung dafür zu präsentieren.

Langzeitstudiengebühren würden ungenügende Lehrbedingungen noch subventionieren. Eine solche Anreizstruktur können Sie ja wohl kaum wollen. Nein...

Das Land steht in der Verantwortung für eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen zu sorgen und damit auch die Studiengebührenfreiheit als Wettbewerbsvorteil und zur Erhaltung von Lebenschancen zu sichern.

Daraus entlässt die Regierungskoalition auch nicht der Versuch, diese Verantwortung auf die Hochschulen zu delegieren. Studiengebühren sind nicht nur sozial, wie wirtschaftspolitisch falsch, sie setzen auch die falschen Steuerungswirkungen.

Dem vorliegenden Antrag werden wir deshalb zustimmen und fordern insbesondere die Damen und Herren der Unionsfraktion auf, dem zu folgen:

Bekennen Sie Farbe und schließen Sie den Sender Eriwan auf der anderen Elbseite: Entweder Sie stehen zur Aussage der Gebührenfreiheit für das Erststudium oder Sie werden die Sudiengebührenkoalition. Tun Sie sich und diesem Land einen Gefallen und beerdigen Sie dieses (nordrheinwestpfälische / schwarz-gelbe) Gebührenmodell.

Das können Sie schnell und schmerzlos.

Stimmen Sie diesem Antrag zu!